



# HESSISCHER LANDTAG

18. 07. 2012

*Dem  
Innenausschuss  
überwiesen*

## Berichtsantrag

**der Abg. Angela Dorn und Jürgen Frömmrich  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion**

**betreffend mögliche Verbindungen zwischen Burschenschaften und  
NPD sowie anderer rechtsextremer Gruppierungen in Hessen**

Aus dem Protokoll der Anhörung des Innenausschusses des Hessischen Landtags zum Thema Rechtsextremismus im Jahr 2007 geht hervor, dass der hessische Verfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt einige hessische Burschenschaften "im Blickfeld" hatte, darunter die Rheinfranken in Marburg. Die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia taucht in den Verfassungsschutzberichten für 2005 und 2006 als rechtsextreme Organisation auf. Zudem ist bekannt, dass mehrere Mitglieder der Dresdensia-Rugia damals auch Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) waren.

So gibt es immer wieder Hinweise auf Verflechtungen von hessischen Burschenschaften bzw. deren Mitgliedern mit der NPD oder anderen rechtsextremistischen Gruppierungen.

Auch aktuelle Beispiele sind zu verzeichnen: Der "Oberhessischen Presse" vom 12.10.2011 war zu entnehmen, dass Arne Schimmer, NPD-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, am 21.10.2011 einen Vortrag im Haus der Dresdensia-Rugia halten solle. Pierre Krebs, in den 80er- und 90er-Jahren führender Theoretiker der neuen Rechten, sollte am 24.11.2011 im Haus der Marburger Germania sprechen. Dieser Vortrag wurde aufgrund des öffentlichen Drucks nach Bekanntwerden der Mordserie der neonazistischen Zwickauer Terrorzelle kurzfristig abgesagt.

Außerdem war in der Anhörung von 2007 die Sensibilisierung von Lehrpersonal und Schülern an Gymnasien für rechte Burschenschaften Thema. Es wurde problematisiert, dass manche Burschenschaften intensiv an Schulen und in Abiturzeitungen für sich werben. Auf der Internetplattform Youtube stellen z.B. die Marburger Rheinfranken Videomitschnitte von Veranstaltungen ins Internet und werben im Begleittext für ihre Angebote für Schüler und angehende Studenten.

Alle hier genannten Burschenschaften sind Mitglied des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Stuft die Landesregierung a) die Deutsche Burschenschaft (DB) oder b) einzelne Mitgliedsburschenschaften der DB als rechtsextremistisch ein?  
Wenn ja, mit welcher Begründung?  
Wenn nein, warum nicht?
2. Stuft die Landesregierung die Gruppierung "Bursenschaftliche Gemeinschaft", die innerhalb der Deutschen Burschenschaft besteht, als rechtsextremistisch ein?  
Wenn ja, mit welcher Begründung?  
Wenn nein, warum nicht?

3. Wurden von 2007 bis heute Mitgliedsburschenschaften der DB oder Mitglieder hessischer Burschenschaften durch den hessischen Verfassungsschutz beobachtet?  
Mit welcher Begründung?  
Wenn ja, warum wird dies z.B. im Verfassungsschutzbericht 2010 nicht erwähnt?
4. Hat die Landesregierung Informationen über Verbindungen bzw. Kontakte zwischen hessischen Burschenschaften oder deren Mitgliedern und Verbänden oder Kadern der NPD?  
Wenn ja, welche Verbindungen bestehen?
5. Stehen hessische Burschenschaften oder deren Mitglieder in Kontakt oder Verbindung mit neonazistischen Vereinen, Kameradschaften oder anderen rechtsextremen Personenzusammenschlüssen?  
Wenn ja, um welche Burschenschaften und rechtsextreme Zusammenschlüsse handelt es sich und welcher Art sind die Verbindungen zwischen ihnen (bitte aufschlüsseln)?
6. Arbeiten hessische Burschenschaften oder einzelne ihrer Mitglieder mit rechten Medien (z.B. Deutsche Stimme (Parteiorgan der NPD), Nationalzeitung, Junge Freiheit, Nation & Europa) zusammen, bzw. für diese Medien?  
Wenn ja, bitte aufschlüsseln.
7. Wie viele Mitglieder hessischer Burschenschaften sind auch Mitglieder in rechtsextremen Vereinigungen (bitte aufschlüsseln)?
8. Wie viele Führungspersonen oder Mitglieder der NPD sind aktive Mitglieder in hessischen Burschenschaften und/oder alte Herren (bitte aufschlüsseln)?
9. Hat die Landesregierung seit dem Jahr 2007 Veranstaltungen (Kongresse, Tagungen, Seminare) der "Deutschen Burschenschaft" oder ihrer Mitgliedsbünde aus Landesmitteln gefördert?  
Wenn ja, a) in welcher Höhe, b) welche Veranstaltungen?
10. Liegen aktuell Anträge auf Finanzierung durch Landesmittel vor?
11. Haben Vertreterinnen oder Vertreter der Landesregierung oder von Landesministerien in den letzten 5 Jahren Grußworte an die Teilnehmer von Veranstaltungen hessischer Burschenschaften oder der deutschen Burschenschaft gerichtet?
12. Klären die hessischen Beratungs- und Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus (insbesondere in Universitätsstädten) an Schulen und Universitäten auch über rechte Burschenschaften bzw. das Verbindungswesen auf?
13. Liegen der Landesregierung Kenntnisse darüber vor, inwieweit hessische Burschenschaften an Schulen für sich oder für ihre speziell an Schüler gerichteten Angebote werben?  
Wenn ja, bitte aufschlüsseln.
14. Liegen der Landesregierung Kenntnisse darüber vor, wie viele an Burschenschaften angeschlossene sogenannte "pennale Burschenschaften", d.h. Schülerverbindungen in Hessen, existieren?  
Wenn ja, bitte aufschlüsseln.

Wiesbaden, 23. Juli 2012

Der Parl. Geschäftsführer:  
**Mathias Wagner (Taunus)**

**Angela Dorn**  
**Jürgen Frömmrich**